

# Krafer Zeitung.

Nro. 140.

Donstag, den 23. Juni.

1857.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 4 fl., mit Verfrachtung 5 fl. — Die einzelne Nummer wird mit 5 kr. berechnet. Insertionsgebühr für den Raum einer vierzeiligen Petitzeile bei einmaliger Einrückung 4 kr., bei mehrmaliger Einrückung 2 kr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 10 kr. — Inserate, Bestellungen und Gelder übernimmt für die „Krafer Zeitung“ die Administration des Blattes. (Ring-Platz, Nr. 253.) Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

## „Krafer Zeitung“

Mit dem 1. Juli l. J. beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September beträgt für Krafer 4 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl.

Bestellungen werden baldigst erbeten, um die Stärke der Auflage bemessen und jede Störung in der Zusendung verhüten zu können.

### Die Administration.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 23. Juni.

Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich sind von der Demokratie zu dem Versuche einer Agitation benutzt worden. Sie wollte, wie es scheint, ein Lebenszeichen von sich geben und die Welt glauben machen, als stehe sie, eine fest geschlossene, ihrer Zwecke sich klar bewußte, unter sich einige Partei der Regierung gegenüber, als habe sie über Sympathien in der großen Menge des Volkes zu gebieten. Auf mehr konnte diese Klasse von Leuten, deren Grundsätze im kaiserlichen Frankreich in der That als „Anachronismen“ oder als „Herausforderung“ betrachtet werden können, bei einer ruhigen Prüfung ihrer Mittel, Anhänger und Kräfte wohl nicht rechnen; die Möglichkeit, eine größere Anzahl von Candidaten durchzusetzen und mit dieser kleinen Fraction den gährenden Sauerwein in das imperialistische Brod des legislativen Factors hineinzuschmuggeln, ist füglich nicht anzunehmen. Aber selbst darin war ihr Herausstreiten aus ihrer bisher so sorgsam und wohlweislich behaupteten Reserve verhängnißvoll, indem es nur allzu deutlich die Zerfahrenheit der Ansichten und die Uneinigkeit der Partei dargelegt hat. Das Gezanke, welches sich in den Oppositionsblättern über die Reinheit und Falschheit der Grundsätze, über die Heiligkeit und republikanische Tugenden und treu festgehaltene demokratische Principien erhoben, hat besser als die Erklärungen der Präfecten es vermochten, die Nichtigkeit ihrer Bestrebungen dargethan. Wie über ihre Candidaten, sind die Partisanen der über Nacht aufgetauchten Opposition selbstverständlich auch darüber uneinig und im Unklaren, was sie mit dem wider Vermuthen in irgend einem Wahlbezirk davongetragenem Siege beginnen sollen, da sie principiell den rechtlichen Bestand der jetzigen Verfassung leugnen müssen und an der friedlichen und gescheiterten Fortbildung derselben mitzuwirken weder Beruf noch Neigung haben können. Dieser innere Zwiespalt wird in dem letzten Rundschreiben des Ministers des Innern über die Wahl-Angelegenheit dargelegt.

Daß in Frankreich, das seiner jetzigen Regierung so unendlich viel dankt, ein Zurückkommen auf längst abgethane Dinge, ein Auskramen obsoletter Phrasen, möglich war, berechtigt übrigens durchaus nicht zu einem für die Stärke und das Ansehen der demokra-

tischen Secten günstigen Schluß, sondern giebt höchstens den Beweis, daß die Regierung bestrebt war, der Wahlbewegung die größtmögliche Freiheit zu gönnen. Die Regierung ergreift nun auch ihrerseits das Wort und wir glauben, daß dem Gewicht ihrer dem praktischen Leben entnommenen Argumente gar bald der Eindruck weichen wird, welchen die Declamationen der Träumer von Profession auf einige leichter erregbare Gemüther etwa hervorgebracht.

Ein Berliner Correspondent des „Nord“ will wissen, daß der Inhalt der dänischen Antwort auf die Noten der deutschen Großmächte vom 20. Mai in officiöser Weise nach Berlin bereits bekannt gegeben worden sei. Nach seiner Behauptung spricht sich dieselbe über die von Oesterreich und Preußen geäußerten Erwartungen nicht aus, und beschränkt sich nur auf die Darthung, daß der Zusammentritt der Stände der Herzogthümer (in der früheren Antwort-Note war nur von Holstein die Rede) und das Resultat der Verhandlungen mit der bei dieser Frage direct beteiligten Partei abgewartet werden müsse.

Die königliche dänische Regierung hat nunmehr das bisherige Provisorium für die Schifffahrt durch den Sund gänzlich aufgehoben.

Die provisorische Verwaltung des Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg wird, nach Mittheilungen der „Hamb. Nachr.“ allem Anschein nach noch längere Zeit fort-dauern, da man, wie es heißt, keine geeignete Persönlichkeit für den gedachten Ministerposten finden kann. Die gewöhnlichen laufenden Geschäfte werden allerdings ohne Unterbrechung abgewickelt, da sie durch die betreffenden Departementschefs erledigt werden können. Die definitive Wiederbesetzung wird voraussichtlich nicht früher zu erwarten sein, ehe über die Berufung der holsteinischen Stände etwas Gewisses abgemacht ist, oder vielmehr ehe die Stände ihre Meinung über die oberschwebenden Fragen ausgesprochen haben; denn die Minister Candidaten dürften nach diesem Spruche ihre Position zu nehmen geneigt sein.

Ueber den schwedischen Gesandten am dänischen Hof, Admiral Virgin, wird endlich der A. A. Z. aus Kopenhagen folgendes Näheres berichtet: Während des russischen Kriegs ging dieser Herr in außerordentlicher Mission nach London, hatte aber bei Weitem nicht das Glück, außerordentliches auszurichten, und kehrte unverrichteter Sache wieder nach Hause. Als Baron von Lagerheim, vieljähriger und beliebter schwedischer Gesandter am dänischen Hofe, nach Stockholm berufen wurde, um den Baron v. Sjernelid, der allen neu Aufkommenden nicht biegsam genug sich anzuschmiegen bereit schien, abzulösen, ward Admiral Virgin sein Nachfolger als hiesiger Gesandter — ganz einfach sein Nachfolger. Der ordentliche Titel eines solchen Gesandten lautet aber: außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister. Als daher scandinavistische Blätter zu wiederholtenmalen berichteten, daß der Hr. Admiral in außerordentlicher Mission sich hier befinde, und als verwandte schwedische Blätter dasselbe behaupteten, wurden wir veranlaßt, einer Quelle dieses fleten Irrthums nachzuspüren, und wir glauben jetzt diese

gefunden zu haben. Verschiedene untergeordnete Blätter zu beiden Seiten des Sundes haben öfter mit einer gewissen Geheimniskrämerie darauf angespielt, daß das schwedische Cabinet dem dänischen einen Allianztractat vorgeschlagen habe zum gegenseitigen Schutz ihrer Besitzungen. Diese Nachricht in dieser Fassung ist nun allerdings unrichtig; die beiderseitigen Regierungen haben miteinander gar nichts in dem Sinn zu verhandeln gehabt. Es ist ja vielmehr weltkundig, daß der schwedische Minister des Auswärtigen — nachdem er im eigenen und im Namen seines Ministeriums, und insofern auch von Seite der Regierung jenseits die „vollkommene Harmonie“ officiell zu erkennen gegeben hatte, worin er sich mit der bekannten antiscandinavischen Note Hrn. von Scheele's vom 20. Febr. befinde — kurze Zeit darauf im Namen seines königlichen Herrn mit sehr dürren Worten dem Hrn. von Scheele von Amtswegen das leise Grollen und laute Erstaunen seines Souveräns darüber zu schildern übernahm: daß Hr. v. Scheele eine solche bévue habe begangen können, die Frage des Scandinavismus, die bis jetzt nur eine „literarische“ sei, in den Bereich der Politik hineinzuziehen. Allein wie sollte es möglich sein, daß das schwedische Cabinet zu derselben Zeit ein so vertrauliches Anerbieten dem dänischen hätte machen können? Es mußte doch der lebhafteste Unwille gegen den Schweden am nächsten stehenden Repräsentanten Dänemarks zu Kopenhagen, den trotz des Seraphinen-Ordens so ungeschlachtet sich gebarenden Hrn. v. Scheele, zuerst etwas nachgelassen haben, ehe solche Intimitäten cordialiter betrieben werden konnten. In anderer Fassung mag jedoch etwas sehr wahres der Nachricht zum Grunde liegen. Der ordentliche schwedische Gesandte, Hr. v. Virgin, wurde, wie gesagt, immer und immer von jenen Blättern als bloß in außerordentlicher Mission sich hier befindend erwähnt, und nebenbei brachten nicht ungläubwürdige Gerüchte häufiger und häufiger Berichte über einen Allianzvertrag von Seite Schwedens, über die Bedingungen, z. B. Schutz der Eider-Grenze als Hauptzweck, 16,000 Mann Kerntruppen als Haupthilfe, entsprechende Leistungen Dänemarks als Vergeltung, der Phantasien wegen Finnlands zu geschweigen. Läßt sich das nun alles nicht vereinen? Wir meinen, sehr gut. Jedoch gehört noch eins dazu, nämlich daß wir die Ueberzeugung gewonnen haben: es seien von irgendeinem durch irgend eine dem Staatsoberhaupt selbst im wirklichen, nicht bloß im symbolischen Cabinet solche oder ganz ähnliche Anträge gemacht worden. Die Regierung oder das symbolische Cabinet geht aber dergleichen nicht an, oder eigentlich es umgeht selbiges dergleichen Antrag ganz. Daher das Behaupten und das Lügner zu gleicher Zeit. Nimmt man nun mit jenen Anspielern an, daß Herr v. Virgin jener Antragsteller sei, dann klärt sich alles auf. Hr. v. Virgin war zugleich außerordentlicher Gesandter de facto, außer daß er ordentlichsweise außerordentlicher Gesandter auch benannt wurde. Aber Hr. v. Virgin war auch in dieser zweiten außerordentlichen Mission nicht glücklicher als in jener seiner ersten oder Maiden-Mission nach London.

Der „Württ. Staatsanzeiger“ theilt jetzt die Artikel

des mit Rom abgeschlossenen Hauptvertrages mit. Nach Artikel 1 soll es „in Betreff der Besetzung des bischöflichen Stuhles von Rottenburg, der Canonicate und der Präbenden an der Domkirche lediglich bei dem mit dem heil. Stuhle früher vereinbarten Verfahren bleiben;“ d. h. die Regierung verzichtet auf die in den Jahren 1828 und 1830 von ihr einseitig aufgestellten, über den Inhalt der Bulle Ad Dominici Gregis (Revision der Candidatenliste durch die Regierung, vor der Wahl) und der päpstlichen Breve's von 1828 hinausgreifenden Bürgschaften zur Sicherung gegen die mögliche Wahl ihr missfälliger Candidaten, wogegen der päpstliche Stuhl jene beiden Breve's, wonach zu Bischöfen oder Canonikern nur Personen gewählt werden sollen, welche notorisch dem Landesfürsten nicht „minder angenehm“ sind — als Ergänzung der Bulle und als Theil der Vereinbarung bleibend anerkannt. Der Artikel 2 bringt den Eid der Treue gegen Se. Majestät den König, wie ihn der Bischof abzulegen hat, ehe er die Leitung seiner Kirche übernimmt, in Gleichförmigkeit mit der Eidesformel, welche das bairische und das österreichische Concordat enthalten. Artikel 3 besagt im Einklang mit dem bei Errichtung des Bisthums getroffenen Uebereinkommen, so wie mit § 82 der Landesverfassung: „Die königliche Regierung wird die von ihr stets anerkannte Verbindlichkeit zur realen Dotation des Bisthums erfüllen, sobald es die Verhältnisse zulassen.“

Der wichtige vierte Artikel des Haupt-Vertrages mit der römischen Kurie lautet: zur Leitung seiner Diocese soll der Bischof die Freiheit haben, alle jene Rechte auszuüben, welche demselben in Kraft seines kirchlichen Hirtenamtes laut Erklärung oder Verfügung der heiligen Kirchengesetze nach der gegenwärtigen, vom heil. Stuhle gutgeheißenen Disciplin der Kirche gebühren.“ Hier gibt die, einen integrierenden Bestandtheil der Vereinbarung bildende Instruction sofort eine zugleich auf den nachfolgenden, das Placet berührenden Artikel bezügliche nähere Erläuterung dahin, „daß der Bischof niemals solche Canones erneuere, welche wegen Verschiedenheit der zeitlichen und örtlichen Verhältnisse nach der gegenwärtig geltenden und von diesem apostolischen Stuhl gut geheißenen Disciplin außer Übung gekommen sind oder auch durch die gegenwärtige Convention eine Modification erhalten haben.“ Ein Generale oder eine Verordnung von größerer Bedeutung muß gleichzeitig mit der Veröffentlichung auch der Regierung mitgetheilt werden, wie der Bischof bei Gegenständen, welche neben der rechtlichen Zuständigkeit der Kirche zugleich in dem Gebiete der Staatsgewalt liegen, „vor deren Veröffentlichung sich mit der K. Regierung ins Einvernehmen setzen wird.“ Die Lit. a des vorliegenden Artikels des Hauptvertrages berechtigt den Bischof: „alle Pfründen zu verleihen, mit Ausnahme von jenen, welche einem rechtmäßig erworbenen Patronatsrechte unterliegen;“ doch ist hierbei die im vorigen Jahre durch eine gemischte Commission vorgeschlagene Vereinbarung, wonach dem Bischof die von den früheren Bischöfen, Dom-Capiteln, geistlichen Corporationen und Personen verliehenen, aus kirchlichen Mitteln neu errichteten oder aufgebesserten Pfrün-

## Feuilleton.

### Das Grabmal der Herzogin Hedwig.

— Aus dem Salzkammergut. In Nr. 130 der „Krafer Zeitung“ spricht Ihr Feuilletonist in dem vortrefflichen kritischen Artikel „Krafer und Nürnberg“ den Wunsch aus, zu erfahren, wie es mit dem Grabmal Hedwigs stehe, der Gemahlin des Herzogs Georg von Baiern, der ältesten Tochter des Polenkönigs Casimir Jagellonides, welche 1457 in Landsbut vermählt wurde, im Jahre 1502 aber gestorben ist und in der Eisterzienserabtei Raitenhaslach an der Salzach begraben liegt. Ohne den gelehrten Herren zu Nürnberg irgendwie den Weg vertreten zu wollen, welche um Aufschlüsse in Bezug auf künstlerische Verewigung der Herzogin Hedwig und ihre Stämmlinge durch das „Markgrafenfenster“ in Nürnberg gebeten sind, glaube ich dennoch Aufschlüsse über Hedwigs Ruhestätte geben zu sollen, weil ich, in der Nachbarschaft der nun zerfallenen ehrwürdigen Abtei wohnend, hiezu wohl am besten in der Lage bin. Wenn das Resultat meiner Nachforschungen den Erwartungen des edlen Polenvolkes, welches sich um den Wdentrug seiner Jagellonidin bekümmert, nicht entspricht, so liegt die Schuld in dem Zerstörungsgeiste, der zur Refor-

mationszeit die Stifte verwüstet und die Gräber der Fürsten entweiht hat. Und was noch übrig geblieben war aus bösen Zeiten, zerstörte vollends die Klosterstürmerei beim Beginne dieses Fortschrittsjahrhunderts. Was drinnen war in den heiligen Mauern an Schätzen der Kunst und Wissenschaft wurde auf leichtsinnige Weise verschleppt, vandalisch zerstört. So erinnere ich mich, vor 30 Jahren noch die Fragmente herrlicher Werke der Sculptur und Malerei in von Eulen, Fledermäusen und Ratten bewohnten Sälen und Zellen der Abtei Raitenhaslach zerstreut und als unnütz Gerumpel betrachtet herumliegen gesehen zu haben. Nachdem die Verewigung der Mönche glücklich erfolgt und die Plünderung alles was wie Gold und Silber glänzte tapfer geschehen war, hatte der Staat und sein Minister Montgelas das Kloster mit Allem was noch drinnen war um eine Bagatellsumme an den vormaligen Bräunmeister der Mönche, Baumgartner, losgeschlagen. Dieser nun behandelte die kostbare Bibliothek, welche zum großen Theil zurückgeblieben war und eine Fundgrube für Geschichtsforscher gewesen wäre, als Kasepapier. Der damalige Landrichter Graf v. Armannsparg, ein eifriges Werkzeug der damaligen Klosterstürmerei, ließ all das geschehen; denn er gehörte der neuen Aufklärungssippe an, deren Verdienst im Zerstören bestanden hat. Ein sehr großer Theil der umfassenden Kloster-Baulichkeiten verfiel der Speculation und dem Abbruch. Die herrliche Klosterkirche zwar behielt der Staat,

allein Niemand bekümmerte sich, daß der Spaten häufiger Menschen rings um ihre Mauern, um welche sich die Gräber und Gräfte lebten, den Boden durchwühlte, und es muntele von manchem kostbaren Fund, der gemacht worden ist und den frivolen Besitzer und seine lachenden Erben bereichert hat. Ein bezeichnendes Merkmal des zur Zeit noch im Besitze des Kloster-Klosters sich befindenden Sohnes jenes Mannes ist ein alles Hehre und Religiöse verhöhrender Sinn, eine verbissene Feindschaft gegen Oesterreich. Die PP. Redemptoristen, welche bekanntlich aus den öst. Staaten Baiern mit einer Colonie beglückt haben und durch den Bischof Heinrich von Passau unter König Ludwigs Regierung in den vierziger Jahren nach Alötting berufen worden sind, wollten in den jüngsten Jahren die Rudera des alten Raitenhaslach vom Besten um 100,000 fl. erkaufen; er gab es ihnen nicht und möchte lieber ein Zuchthaus darin sehen.

Ich mußte dies vorausschicken, damit die Ergebnislosigkeit einer Durchforschung von Raitenhaslach nach patriotischen Denkmalen begriffen werden kann, welche am 11. August 1855 im allerhöchsten Auftrage von der bekannten Celebrität auf dem Gebiete geschichtlicher Forschung, Geheimrath Frhr. v. Aretin, dem Vorstand des königl. Reichsarchivs, in Begleitung des Schriftstellers Dr. Trautmann und des Landrichters Wiesend vorgenommen worden ist. Frhr. v. Aretin hatte 4 Urkunden zu Handen, welche der königl. Hof- und

Staatsbibliothek gehören und worin das Kloster Raitenhaslach nach seinem Urbeginne mit allen Beschreibungen und Zeichnungen von Gebäuden, Stiftern, Wohlthätern, Leuten, Wappen und Denkmälern enthalten sind. Ich theile den Verkauf dieser Forschungen mit nach dem Wortlaut des Burghauser Amtsblattes Stück 34 vom Jahre 1855.

„Es wurde allererst vom Garten herein nach der sogenannten Gruft geforscht und ein vermauertes Kreuzstöckchen durchbrochen. Das Ergebniß war ein Gemölbe, welches seiner Zeit zur Aufstellung von Leichenamen oder zur Aufbewahrung kirchlicher Utensilien gedient haben mag. Hierauf wurde bei der Grabstätte der Gemahlin Herzogs Georg des Reichen Unternehmung angestellt; denn zwei in diesen Urkunden geschene Aufzeichnungen besagen: anno Domini 1502 feria sexta post Valentini festum obiit illustrissima domina Hedvigis, serenissima principis ac domini Georgii comitis Palatini Rheni Bayariaeque ducis uxor, de nobilissima regum Poloniae stirpe nata, hic sepulta in medio templi sub marmore elevato. Hujus anima requiescat in pace — amen. Nach Wegwälzung des beinahe 200 Zentner schweren Stein in Mitte der Kirche, welcher nach der gemalten Handzeichnung der Deckel des früheren marmornen Grabmales, das in 6 Schuh Höhe freibestanden, gewesen, stieß man auf ein Gemölbe aus Zugsquadern und nach dessen Deffnung, nach Wegräu-

den, der Krone dagegen die früheren Laien-Patronate aller Art und die aus Staatsmitteln dotirten oder re-dotirten Stellen zugeschieden wurden, — als separater Punkt in die Vereinbarung mit aufgenommen worden, während bezüglich derjenigen Pfründen, welche zwar von früheren geistlichen Corporationen, aber nicht vermöge persönlichen, sondern vermöge königlichen Rechtes verliehen worden zu sein scheinen, die Hälfte der Krone, die Hälfte dem Bischof zugeschieden, und hinsichtlich der von Letzterem zu verleiheuden Pfründen der Regierung eine Exclusiva der ihr mißbilligen Personen durch die Instruction zugestanden wurde. Wenn ferner Lit. b, der Bischof das Recht hat: „seinen Generalvicar, die außerordentlichen Mitglieder des Ordinariates, so wie die Land-Decane zu erwählen, zu ernennen, beziehungsweise zu bekräftigen,“ so wird er doch, gemäß der Instruction, für die ersten genannten Stellen „nur solche Männer auszuwählen, von denen er weiß, daß sie der königl. Regierung in bürgerlicher oder politischer Hinsicht nicht unangenehm sind,“ und auch bezüglich der Land-Decane wird er sich über deren Auswahl oder Bestätigung mit der königl. Regierung in's Einvernehmen setzen. Die Befugniß: „die Prüfungen für die Aufnahme in das Seminarium und für die Zulassung zu Seelsorger- Stellen anzuordnen, auszusprechen und zu leiten,“ konnte dem Bischof in Lit. c, überlassen werden, da nach unserm Verhältnisse die Geistlichen des Landes fast ausnahmslos in den vom Staat unterhaltenen und unter seiner Aufsicht und Mitwirkung stehenden Convicten ihre Bildung erhalten. — Ferner hat der Bischof nach Lit. d, das Recht: „den Klerikern die heiligen Weihen zu erteilen, nicht nur auf die bestehenden canonischen, sondern auch auf den von ihm selbst anzunehmenden Disziplin,“ doch wird der Disziplin durch einen späteren Artikel auf den Inperalarfonds fundirt, und erlischt damit die desfallsige Verpflichtung der Staatsbehörde. Die in Lit. e, und f. dem Bischof eingeräumten Befugnisse: „nach den canonischen Vorschriften alles das anzuordnen, was den Gottesdienst, die kirchlichen Feierlichkeiten und diejenigen Religions- Uebungen betrifft, welche die Aufweckung und Befestigung des frommen Sinnes der Gläubigen zum Zweck haben; Diöcesan-Synoden einzuberufen und abzuhalten, sowie Provinzial- Concilien zu besuchen,“ heben frühere einseitige Regierungs-Verordnungen auf. Absatz g. des Artikels, wonach der Bischof das Recht hat: „in seinem Kirchenprengel vom heiligen Stuhl genehmigte religiöse Orden oder Congregationen beiderlei Geschlechtes einzuführen,“ wobei er sich jedoch „in jedem einzelnen Fall mit der königl. Regierung in's Einvernehmen setzen wird“ — enthält zwar das Novum einer officiellen Anerkennung der genannten eigentümlichen Lebensformen der katholischen Kirche durch den Staat; aber dieser Satz führt insofern nichts Neues ein, als es auch bisher schon dem Bischof unbenommen war, religiöse Orden und Institute mit Zustimmung der Staats- Regierung einzuführen, und als es ihm auch künftig nicht möglich sein wird, dieses ohne eine solche Zustimmung zu thun. — Somit schreint bei Herstellung der verfassungsmäßigen Autonomie der Kirche in dem wichtigen Artikel IV. der Staatsgewalt Nichts vergeben, vielmehr beiden Theilen glücklich das Ihrige zugesprochen zu sein.

Der Artikel V. enthält über die bischöfliche Gerichtsbarkeit folgende Bestimmungen: „Ueber alle kirchlichen Rechtsfälle, welche den Glauben, die Sacramente, die geistlichen Verordnungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, hat der Gerichtshof des Bischofs zu erkennen nach Vorschrift der Kirchengesetze und nach den Bestimmungen des Concils von Trident. Somit wird derselbe auch über Ehefachen entscheiden; jedoch bleibt das Urtheil über bürgerlichen Wirkungen der Ehe den weltlichen Gerichten überlassen. Desgleichen wird der Bischof unbehindert den Wandel der Geistlichen überwachen und, wo diese durch ihr Betragen oder in irgend einer andern Weise zu Abweichungen Anlaß gegeben, in seinem Gerichte die den kirchlichen Gesetzen entsprechenden Strafen über die Schuldigen verhängen, wobei jedoch der canonische Recurs gewahrt bleibt. Ge. en Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Satzungen zu Schulden kommen lassen, steht es dem Bischof zu, die kirchlichen Censuren in Anwendung zu bringen. Wenn gleich über das Patronatrecht das kirchliche Gericht zu entscheiden hat, so giebt doch der heilige Stuhl seine

Einwilligung, daß, wenn es sich um ein Laienpatronat handelt, die weltlichen Gerichte sprechen können über die damit in Verbindung stehenden civilrechtlichen Ansprüche und Lasten, so wie über die Nachfolge in denselben, der Streit mag zwischen den wahren und angeblichen Patronen oder zwischen den Geistlichen, welche von diesen Patronen für die Pfründe bezeichnet wurden, geführt werden. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse giebt der heilige Stuhl seine Zustimmung, daß die rein weltlichen Rechtsfachen der Geistlichen, wie Verträge, Schulden, Erbschaften, von dem weltlichen Gericht untersucht und entschieden werden. Desgleichen hindert der heilige Stuhl nicht, daß Streitigkeiten über civilrechtliche Ansprüche und Lasten der Kirche und Benefizien, über Zehnten und über Kirchenbaulast von dem weltlichen Gerichte geschlichtet werden. Aus gleichem Grunde ist der heilige Stuhl nicht entgegen, daß die Kleriker wegen Verbrechen und Vergehen, wider welche die Strafgesetze des Königreichs gerichtet sind, vor das weltliche Gericht gestellt werden; jedoch liegt es diesem ob, hievon der Bischof ohne Verzug in Kenntniß zu setzen. Wenn das gegen einen Geistlichen gefällte Urtheil auf Tod oder auf Gefangenschaft von mehr als fünf Jahren lautet, so wird man jedesmal dem Bischofe die Gerichtsverhandlungen mittheilen und ihm möglich machen, den Schuldigen insofern zu hören, als es nothwendig ist, um über die zu verhängende Kirchenstrafe entscheiden zu können. Dasselbe wird auf Verlangen des Bischofs auch dann geschehen, wenn auf eine geringere Strafe erkannt worden ist.“ Die Instruction enthält die Zufüge: „Wenn es sich bei Strafen von Geistlichen um Privation oder Suspension vom Amt, um länger dauernde Detention in einem Correctionshause oder um größere Geldbußen handelt, so wird der Bischof von seiner Strafverfügung der königlichen Regierung Mittheilung machen. Wird aber zum Vollzug kirchlicher Strafen die staatliche Mitwirkung in Anspruch genommen, so hat der Bischof der königlichen Regierung auf deren Verlangen die angemessenen Aufklärungen zu geben.“ Die Erklärungen der königl. Regierung endlich geben die Zusicherung: „Wenn Verbrechen oder Vergehen von Geistlichen deren Verhaftung oder Gefangenhaltung nothwendig machen, so wird man dabei stets, so weit dies möglich, die Rücksichten eintreten lassen, welche die dem geistlichen Stande gebührende Achtung erheischt.“

Aus dem Großherzogthum Baden, wird gemeldet: Die Verhandlungen mit Rom sind nun bis auf einen Punkt im Reinen. Dieser Punkt betrifft die Ausscheidung der Pfarstellen, welche durch den Erzbischof besetzt werden sollen. Hier sind die früheren Verhältnisse maßgebend, und z. B. alle jene Pfarren, die früher unter den bischöflichen Siken von Mainz, Speyer, Straßburg, Basel standen, werden wol dem Erzbischof zur Befetzung zugeschoben werden. Die Verhandlungen hierüber sind im Gang; als Bevollmächtigter der Regierung fungirt Herr Oberkirchenrath-director Preßinari, als Bevollmächtigter des Erzbischofs Herr geheimer Hofrath Zell. Ist eine Einigung über diesen Punkt erfolgt, dann ist der kirchliche Conflict zu Ende.

Die Angriffe einiger Turiner Blätter auf die Königin von Spanien und ihren Hof haben dem spanischen Minister des Auswärtigen, Herrn Vidal, Veranlassung gegeben, bei dem sardinischen Gesandten in Madrid Beschwerde zu führen. Letztere hat darauf, wie früher Graf Cavour dem Grafen Paar, dem spanischen Minister erklärt, daß er die Ausbreitungen der „Presse“ ebenso sehr wie Herr Vidal bedauere, daß aber die spanische Regierung eine Abhilfe dagegen nur bei den sardinischen Gerichten erwirken könne.

Nach einer telegr. Depesche aus Danzig vom 19. Juni ist auf dem Flußdampfer Thörn beim Stromaufwärts-Bugsiren der Kessel gesprungen und in Folge dessen das Schiff zerstört und einige Menschen getödtet.

**Wien, 20. Juni.** Die zwischen den Großmächten und der türkischen Regierung eingeleiteten Unterhandlungen wegen Auflassung jener Capitulationen, welche den fremden Gesandtschaften die Jurisdiction über die Angehörigen der von ihnen vertretenen Länder verleih, haben bis jetzt zu keinem befriedigenden Resultate geführt, da die Mächte die Erklärung abgegeben haben, in die Auflassung jener Capitulationen nur dann einwilligen zu können, wenn die Pforte ein den

europäischen Begriffen entsprechendes bürgerliches Gesetzbuch in ihren Staaten einführt, und in der Anwendung desselben keinen Unterschied zwischen den Muselmännern und den Andersgläubigen macht. — Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die Pforte sowohl den Eingangszoll von 5 Procent als auch den Ausgangszoll von 12 Procent bedeutend herabzusetzen, indem sie hofft, daß dadurch die Industrie des Landes einen bedeutenden Aufschwung nehmen wird. Gewiß ist jedenfalls, daß das bisher in der Türkei übliche Zollsystem der Industrie des Landes sehr geschadet hat. Ganze Industriezweige sind im Laufe der Zeit ausgestorben, z. B. die Damaszenerwaren-Fabrikation, die Eisenindustrie, der Zuckerbau; andere sind erst in den letzten Jahren zu Grunde gegangen, z. B. die türkisch-rottharnfärberei, noch zu Urquhart's Zeiten, im Jahre 1837, in Ambelakia blühend; jetzt wird im Lande kein Faden mehr producirt, und der Bedarf an dieser Waare von Elberfeld befriedigt. Der Seidenweberei steht jetzt ein ähnliches Schicksal bevor; wenn nicht ernstlich eingeschritten wird, dürfte die ganze Seiden-Industrie der Türkei nach wenigen Jahren zu den mythischen Traditionen gehören. Es ist unglaublich aber wahr, daß die Türkei, deren Küsten ungeheure Quantitäten Del produciren, alljährlich bedeutende Mengen dieses Artikels von Neapel, Sardinien und Südfrankreich einführt, weil die Bearbeitung gar keine Aufmunterung findet. Man irrt sich aber nicht, indem man glaubt, daß sich Cultur, Industrie und Wohlstand durch Regierungsordnungen commandiren lassen; die Regierung ist gleichsam nur der Arzt, welcher der Natur zu Hilfe kommen und ihr nicht entgegenarbeiten soll; die verschiedenen Völkerschaften im türkischen Reich sind alle einer gewissen Inolenz und Trägheit theilhaftig, die eine mehr, die andere weniger, aber überall spielt die vis inertiae eine große Rolle; die türkische Race jedoch steht darin oben an, sie ist physisch und geistig indolent.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 22. Juni.** Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Johann ist vorgestern nach Graz, Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ferdinand nach Selowitz abgereist. Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Albrecht wird sich heute nach Ofen zurückbegeben.

Der hiesigen israelitischen Cultusgemeinde wurde der Auftrag erteilt, aus ihren Mitteln hier eine oder zwei israelitische Volksschulen zu gründen. Der israelitische Vorstand, welcher in dem gemeinsamen Schulbesuch von Juden- und Christenkindern das beste Mittel sieht, die größere Harmonie zwischen Juden und Christen frühzeitig zu fördern, hat dem Vernehmen nach ein Majestätsgesuch gegen diesen Auftrag eingereicht. Schon die örtlichen Verhältnisse zeigen, mit welchen Schwierigkeiten eine besondere israelitische Volksschule zu kämpfen hätte. Es sollen in den hiesigen Volksschulen zwar 700 israelitische Kinder Unterricht genießen, allein da die jüdische Bevölkerung in der Stadt und in den Vorstädten zerstreut lebt, so könnte man es kaum durchführen, sie alle sammt in einem Schulgebäude zu concentriren. Religionsunterricht erhalten die Kinder israelitischer Eltern ohnedies von ihren eigenen Religionslehrern.

Die „Triester Btg.“ erhielt verschiedene Berichte über die Fahrt Sr. Majestät Dampffregatte „Elisabeth,“ denen wir folgende Thatfachen entlehnen. Die Reise von Livorno nach Gibraltar wurde in 81 Stunden zurückgelegt. Se. kais. Hoheit hatte sich in Cadix incognito an's Land begeben, und fuhr am folgenden Tage an Bord eines Extradampfers nach Sevilla.

Am 8. d. früh verließ die Fregatte Cadix bei fortwährend sehr stark bewegter See. Am 9. erfolgte die Ankunft in Lissabon. Die Einfahrt in den Tajo fand um 1 1/2 Uhr Statt und wird besonders anziehend geschildert. Nachdem die Fregatte Anker geworfen, erschien sogleich der k. k. Gesandte mit seinem Personale und den Consularbeamten, sowie der durchlauchtigste Bruder Sr. Maj. des Königs mit zahlreichem und glänzendem Gefolge, um Se. kais. Hoheit zu bewillkommen.

Dieser, wie der folgende Tag wurde am Lande zugebracht, und am 10. Abends lichtete die Fregatte neuerdings die Anker und setzte ihre Reise fort. Am vierzehnten Juni 1857 Morgens kam die Insel Wight in Sicht, die mit ihrer frischen und üppigen Vegetation, den anmuthig gelegenen Städten Cowes,

Ryde und dem herrlichen königlichen Residenzschlosse Osbornehouse einen prächtigen Anblick darbot. In Portsmouth wurde Se. kais. Hoh. von dem österreichischen Gesandten, der Admiralität, dem Gouverneur u. s. w. begrüßt. Von London aus war für die k. k. Fregatte die Bewilligung gekommen, in den Kriegshafen einzulaufen, was in der Regel fremden Kriegsschiffen nicht gestattet wird. Dies geschah unter dem Kanonendonner der Forts und der mächtigen Linienfahrtschiffe, die schwimmenden Festungen gleichen. — Die Matrosen waren auf den Raan, die Marineinfanterie auf dem Decke aufgestellt und die Musikbänder der Linienfahrtschiffe stimmten die österreichische Volkshymne an. Se. kais. Hoh. fuhr in Begleitung seines Hofstaates und des ihm beigegebenen Adjutanten der Königin, Lord Fitzroy, mit einem Extratrain nach London. Das übrige Gefolge ging am 15. ebenfalls dahin ab. Gegen Ende der Woche sollte die Reise nach Antwerpen fortgesetzt werden.

Den „Pr. Nov.“ wird aus Cetinje geschrieben, daß es am 27. Mai zu einem Gefecht zwischen den türkisch geimten Kucern, die etwa 1000 Mann stark den montenegrinischen Bezirk der Bratonocien überfielen, und den letzteren, die 600 Mann stark sich zur Wehre stellten, zu einem mehrstündigen Gefecht kam, wobei auf montenegrinischer Seite 4 Mann getödtet und 8 verwundet, auf der gegnerischen Seite 3 getödtet und etwa 23 verwundet wurden. Am nächsten Tage erneuerten sich die Feindseligkeiten. Die Bratonocien wurden abermals zum Kampf herausgefordert, doch weigerten sich dieselben, unnüßer Weise Blut zu vergießen und sandten sofort eine Nachricht an den Fürsten nach Cetinje. Die fremden Consuln in Scutari schlugen dem Fürsten Danilo vor, beiden Theilen zu verzeihen, sie würden es sodann übernehmen, eine Auslösung zwischen denselben herbeizuführen. Der Fürst hat diesen Vorschlag angenommen und es ist sonach eine baldige Beilegung der Feindseligkeiten zu hoffen.

### Franreich.

**Paris, 19. Juni.** Die Frage betreffs des Eides der Oppositions-Candidaten wird gegenwärtig sehr eifrig besprochen. Wähler sowohl als Candidaten sind in dieser Beziehung getheilte Meinung. Die Ansicht, daß der Eid geleistet werden solle, hat jedoch in der letzten Zeit viele Anhänger gefunden. Man hält es nicht für unzulässig, daß die der Opposition angehörigen Personen den Eid als Deputirte schwören. Derselbe bindet sie nur für die Zeit ihres Mandats, aber nicht für länger. Die Deputirten selbst begeben sich auch nicht nach der Kammer mit einer revolutionären Mission betraut. Im Falle einer Revolution, bemerkt man weiter, höre von selbst die bestehende Verfassung, also auch der Eid der Deputirten auf. Andere sind dagegen der Ansicht, daß man den Eid der Treue dem Kaiser und der Verfassung nicht schwören dürfe, und wollen deshalb eine einfache Eidesverweigerung. Viele sind jedoch auch der Meinung Louis Blanc's, der ein motivirte Eidesverweigerung bei Eröffnung der Kammer will. Die Uneinigkeit, die in dieser Frage unter der Opposition herrscht, hat die Candidaten in einige Verlegenheit gesetzt, und dieses besonders, weil die halb-officiellen Blätter dieselben fortwährend in Anregung bringen. Man wird denselben nicht antworten, aber man wird genöthigt sein, es zu thun, falls die Wähler die nämliche Frage stellen. Herr Gavini, Redacteur en chef des Siecle, hat sich für die Eidesleistung ausgesprochen, und zwar in einem Schreiben an die Wähler von St. Lo, die ihm eine Candidatur angeboten haben. — Der Staatsminister Fould ist gestern Nachts in Paris angekommen. Nun begiebt sich Herr Magne auf eine Urlaubreise, und Herr Fould wird das Interim der Finanzen übernehmen. — Der Dampf-Wojo Le Meteor ist beauftragt, eine hydrographische Aufnahme der Küsten von Italien zu besorgen. Er hat Civita-vecchia am 13. verlassen, um sich nach Neapel zu begeben. Die neapolitanische Regierung hatte schon vorher erklärt, daß sie den Arbeiten des Meteor allen erdenklichen Vorschub leisten wolle.

Der Minister des Innern hat ein neues Circular-schreiben an die Präfekten gerichtet; der Eingang des Schreibens lautet:

Herr Präfekt! Es reicht nicht hin, daß das allgemeine Stimmrecht frei ist, es muß auch ausgeübt werden. Indem das Gesetz den Candidaten während der 20 Tage, die den Wahlen vorhergehen, ausnahmsweise Leichtigkeiten gestattet, um sich zu vorbereiten und zu erklären, hat dasselbe gewollt, daß das Land mit vollem Bewußtsein einen Entschluß fassen und Debatten. Die augenblickliche Anreizung zu gewärtigen. Auch dürfen zur Verhütung von Unglücksfällen Reisepassagiere um die Efen und besonders bei Einmündung in enge Gassen nur in gemäßigtem Schritt gehen und haben anderen sich begehenden Reisenden, sowie überhaupt allen Fußgänger rechts auszuweichen. Beim Hoftheater sind die Criminalen an den Plaz der Anstehenden gewiesen und darf die Gensd'armee nicht dulden, daß eine der anderen vorgelassen wird. Vereinigtes mitteleuropäisches Polizeiamt.

Wir haben kürzlich das Publicum vor einem Schwindler Namens Bartels in Lüneburg, gewarnt, der in pomphaften Ankündigungen verspricht, auf portofreie Briefe ein Mittel anzugeben, reich zu werden, und nach Einmündung von fünf Gulden dem Betreffenden den Rath gibt, ein Lotterielos zu kaufen. Viele sind auf diese Art betrogen worden. Nun, da das Mittel entdeckt ward und nichts mehr nützt, scheint der gute Mann den Namen gewechselt zu haben, um sein Geschäft auf andere Weise betreiben zu wollen. Wir erhielten nämlich gestern von einem Herrn \*\*\*\*\* wohlgerichtet wieder aus Lüneburg, ein Inserat zur Einrückung zugesandt, das uns nichts anderes zu sein scheint, als derselbe Schwindel in anderer Gestalt. Das Comptoir für Industrie und Fabrikwesen, wie es sich nennt, hat es diesmal namentlich „auf junge Kaufleute“ abgesehen, die es „in kurzer Zeit reich machen“, d. h., denen es fünf Gulden herauslocken will. (Presse.)

„Komet und Wasserthor.“ In der Nähe von Hofheim in Baiern konnte man am 12. d. die auf dem Festlande so seltene Erscheinung einer Wasserthor beobachtet. Sie bildete sich nämlich an dem gegen Norden gelegenen Hasberge eine starke Gewitterwolke, als plötzlich in dem tiefen Schwarz derselben ein weißer Streifen erschien, welcher, schnell immer länger werdend, wie ein von der Wolke genommenes Stück Leinwand senkrecht herunter hängend, die Aufmerksamkeit der Beobachter auf sich zog. Bald spitzte sich der breite Streifen unten zu und sendete einen wie ein armirtes Tau aussehenden Schlauch

mung vielen Schuttes (ein Beweis, daß schon früher gewühlt worden ist), auf etwas Gebein und Holzmoder. Die Pietät gebot nun inne zu halten. Es wurde nur noch mittels Eisenstangen an den Seiten in die Tiefe untersucht, ob durch dumpfes Echo nicht ein weiteres Gewölbe oder irgend eine Spur der vorhandenen Gruft entdeckt werden könnte. Es zeigte sich aber nur die natürliche Erdschichte. Dann wurde noch in der Gegend des Chores, als vermutlichen Standortes des alten Kreuzaltars, wo nach den Urkunden die fürstlichen Begräbnis- Stätten errichtet waren und dann rechts an einer Nebenalartseite Deffnung gemacht. Verglebens. Spuren einer eigentlichen Fürstengruft sind wenig mehr vorhanden, und das Gewölbe in der Kirche mag die Ehrenstätte für Hedwig allein gewesen, nach dem Veralteten des Grabmales aber mögen die ehrwürdigen Gebeine eingesenkt und der obige Stein zur Gewinnung von Räumlichkeit mit der gleichen Höhe des Kirchenbodens obenhin befestigt worden sein. Andere, und zu diesen zähle ich mich selber, halten dafür, es sei eine Schätze suchende zerstörende Hand mit dem Grabmal übel verfahren. Jedenfalls sind alle Zunkunfts-Nachgrabungen ergebnislos.

Wie aber Westenrieder II, XI. V und Stammtafel III, IV schreiben kann, daß Hedwig zu Seligenthal bei Landshut ruhe, da doch die angeführte Urkunde so deutlich das Begräbniß in Maitenbach bekundet, könnte höchstens durch die Annahme erklärt werden, daß Hed-

wigs und anderer fürstlichen Personen (Ludwigs des Gebarteten, † 1447 nach 43jähriger Gefangenschaft in einem noch vorhandenen festen hohen runden Thurm auf der Burg Burghausen im 81. Lebensjahre), Leichname später nach Landshut und Ingolstadt beigesetzt worden wären.

### Bermischtes.

„[Ein Ordensfest.]“ Der Leopolds-Mitterorden begeht im künftigen Jahre die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. Dieser Orden ward vom Kaiser Franz I. im Jahre 1808 gestiftet.

Die neulich erwähnte neue statistische Beschreibung von Wien, welche der dortige Magistrat aufnehmen ließ, ergibt, daß unter den 35 Vorstädten Wiens der Jungelbrunn die kleinste Anzahl Häuser (11), und der Laurenzergrund die geringste Bevölkerung (768 Seelen) aufweisen; die Wieden hingegen die größte und volkreichste Vorstadt ist (1050 Häuser mit 58,656 Seelen). Die innere Stadt hat 1218 Häuser mit 53,078 Bewohnern. Nach der Wieden zunächst folgt die Leopoldstadt mit 769 Häusern und 46,772 Bewohnern, und die Landstraße mit 752 Häusern und 42,760 Seelen. Die Breite der Stadt sammt Vorstädten zwischen Gumpendorf und Jägerzeile beträgt 2814 Klafter, zwischen der Magleinendorfer und der Tabaklinie 3010 Klafter; der Gesamt- Flächeninhalt innerhalb der Linie umfaßt 6,800,000 Quadratklaster. Das Jnsrertragniß von ganz Wien beläuft sich im Jahre 1856 auf nahezu 19 Millionen Gulden, während es im Jahre 1855 bloß 17 Millionen ergab.

„Looschiff.“ Aus Galag wird gemeldet: Zu den eben so ehrenvollen als zahlreichen Fällen, in welchen die Dampfer des österreichischen Lloyd einheimischen und fremden Schiffen Rettung verschaffen, gesellt sich ein neuer, indem es dem Capitän



